



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

22. Mai 2020

Wochenbericht KW 21

forsa | Kantar | IfD Allensbach

Wähleranteile:	Union bei 39 % bzw. 38 %, SPD zwischen 16 % und 15 % Grüne zwischen 19 % und 15 %, AfD bei 10 % bzw. 9 %
Problemlösungskompetenz:	Knapp die Hälfte traut der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Wirtschaft:	Gut sechs von zehn erwarten Verschlechterung der ökonomischen Lage
Eigene finanzielle Lage:	Mehrheit erwartet keine Veränderungen 65 % finden Zeitpunkt für größere Anschaffungen eher ungünstig
Flüchtlinge:	68 % machen sich keine Sorgen über die Flüchtlingszahlen, höchster Wert seit Erhebungsbeginn im November 2015 Anteil derjenigen, die meinen, die Bundesregierung kommt bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher voran erneut gestiegen (auf 35 %)
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Kantar¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ
CDU/CSU	39 (-1)	38 (-1)	38,0 (-)
SPD	15 (-)	16 (-)	15,5 (-0,5)
FDP	6 (-)	7 (+1)	5,5 (-0,5)
DIE LINKE	8 (+1)	8 (-)	7,0 (-)
B'90/Grüne	16 (+1)	15 (+1)	19,0 (-)
AfD	9 (-1)	10 (-1)	9,0 (-)
Sonstige	7 (-)	6 (-)	6,0 (+1,0)
Erhebungszeitraum	11.-15.05.	14.-19.05.	06.-14.05.

Die Union liegt bei forsa 24 (-1), bei Kantar 22 (-1) und bei IfD Allensbach 22,5 (+0,5) Prozentpunkte vor der SPD.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	49 (+2)
SPD	6 (-)
Grüne	3 (-)
sonstige Parteien	5 (-1)
keine Partei	37 (-1)
Erhebungszeitraum	11.-15.05.

Mittlerweile traut knapp die Hälfte der Bevölkerung der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen – der Wert von 49 % ist der höchste seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahr 1998.

Die Union liegt mit 43 (+2) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 12 (+3) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (24.05.2020)

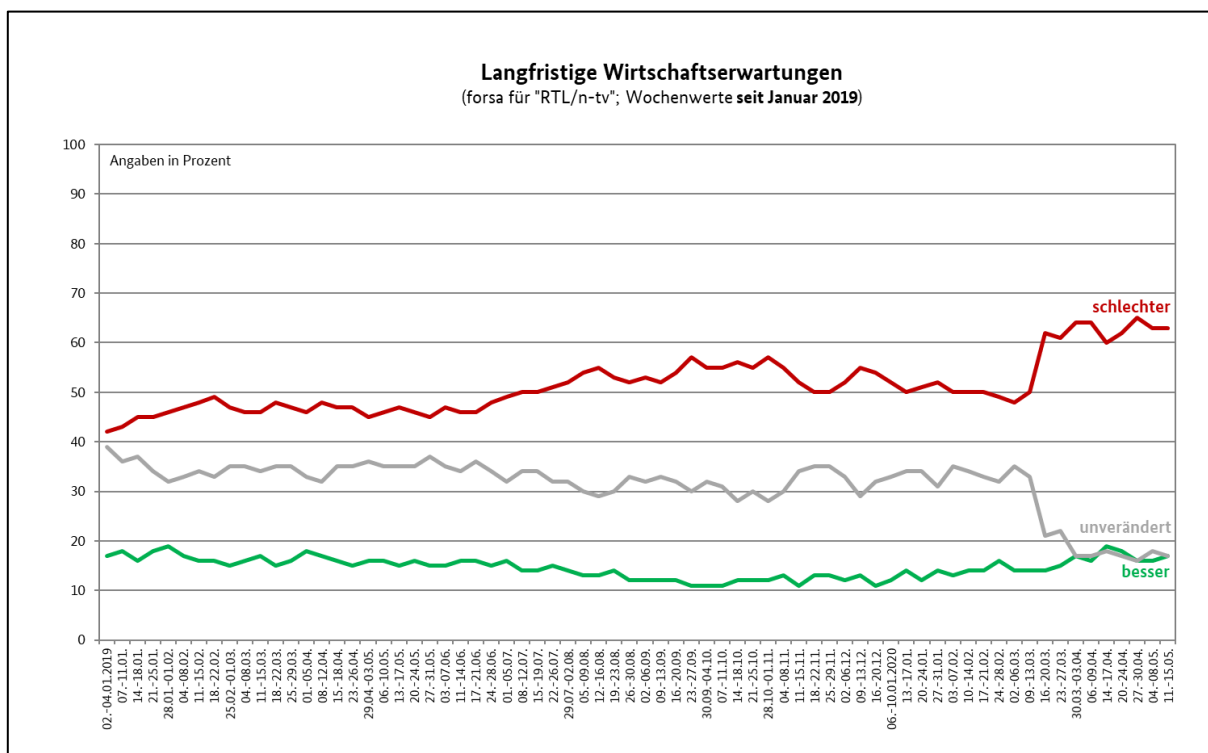
² im Vergleich zur KW 17

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	17	(+1)
schlechter	63	(-)
unverändert	17	(-1)
Erhebungszeitraum	11.-15.05.	

Gut sechs von zehn Bundesbürgern schätzen die langfristigen Wirtschaftserwartungen in Deutschland pessimistisch ein. Erheblich weniger (17 %) rechnen mit einer Verbesserung der ökonomischen Lage.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

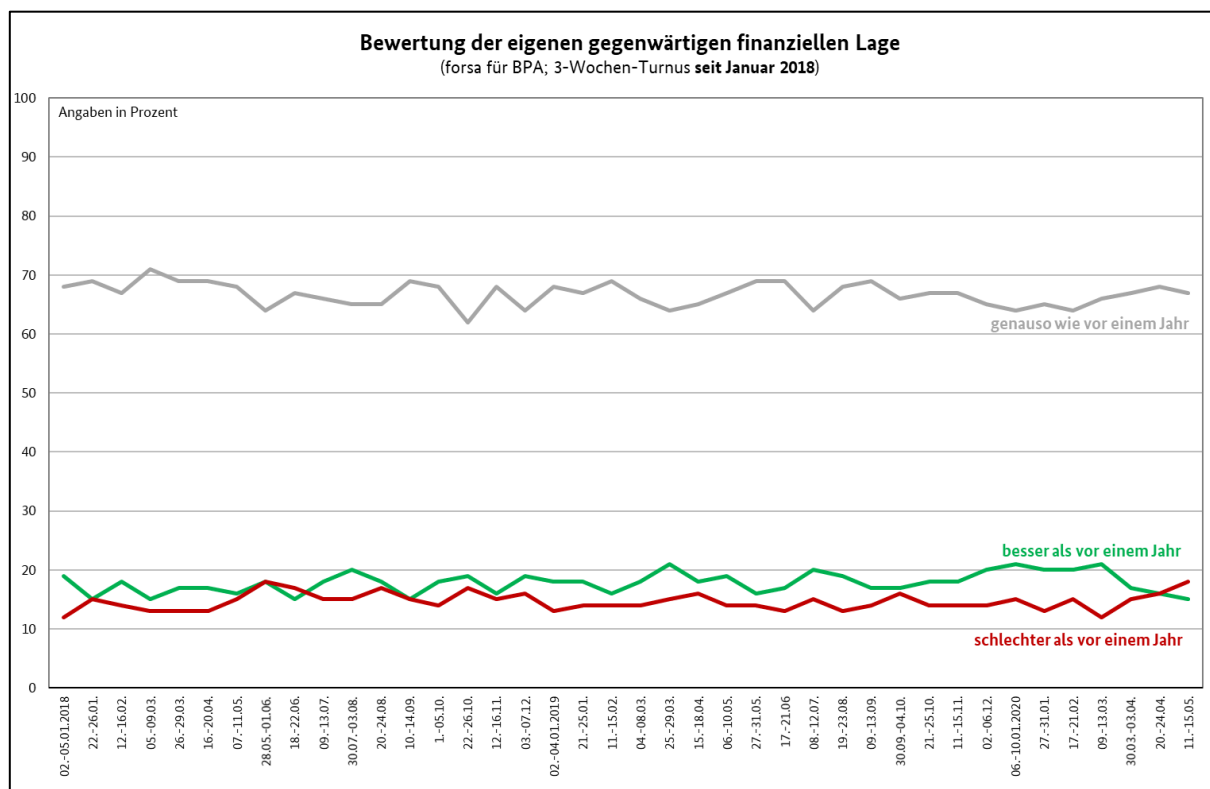
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	15 (-1)
schlechter als vor einem Jahr	18 (+2)
genauso wie vor einem Jahr	67 (-1)
Erhebungszeitraum	11.-15.05.

Erstmals seit Juni 2018 sehen im Vergleich zum Vorjahr mehr Menschen eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage als eine Verbesserung. Die Mehrheit beobachtet jedoch weiterhin keine Veränderung.

Unter 45-Jährige nehmen häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 45-Jährige (22 % zu 10 %).

Geringverdiener (29 %) und Anhänger der AfD (35 %) nehmen besonders oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr. 30- bis 44-Jährige sehen sowohl überdurchschnittlich oft eine Verbesserung (25 %) als auch eine Verschlechterung (27 %) ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage.



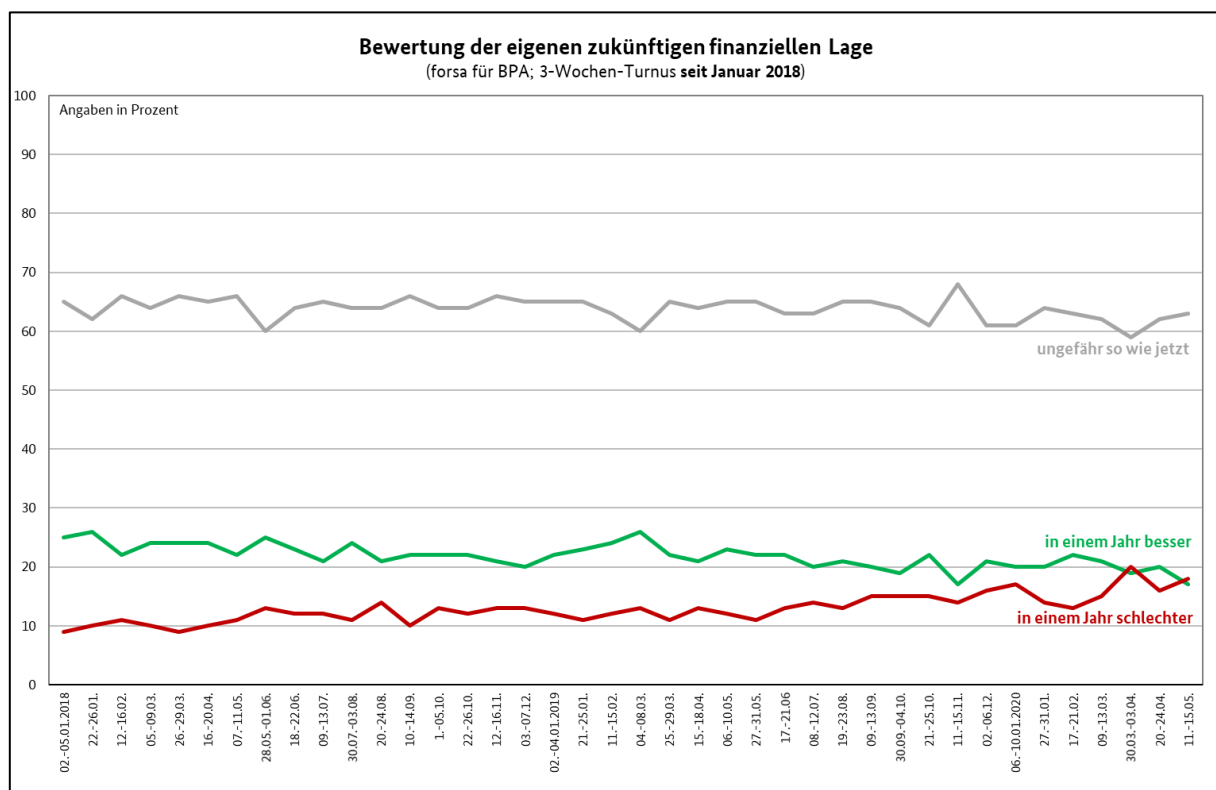
Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	17	(-3)
in einem Jahr schlechter	18	(+2)
ungefähr so wie jetzt	63	(+1)
Erhebungszeitraum	11.-15.05.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (26 % zu 8 %).

45- bis 59-Jährige (26 %) und Anhänger der AfD (39 %) gehen besonders oft von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.



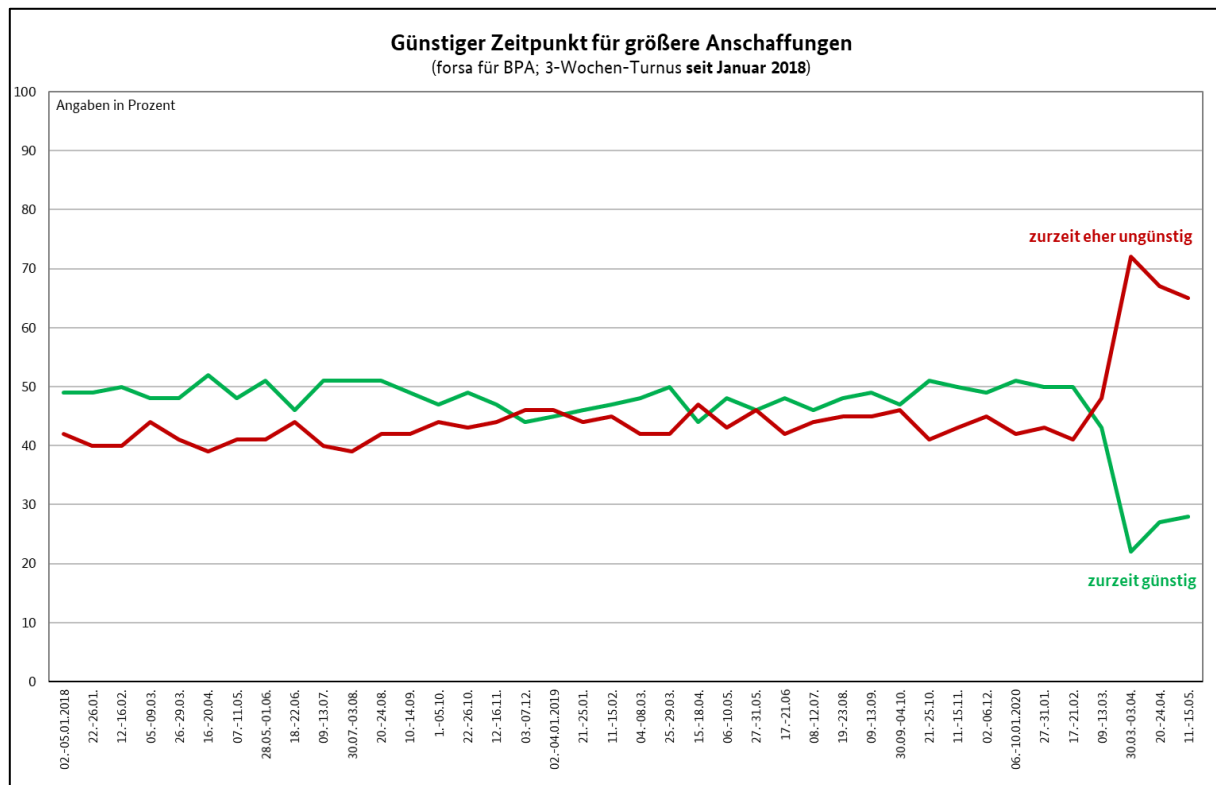
● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	28 (+1)	
zurzeit eher ungünstig	65 (-2)	
Erhebungszeitraum	11.-15.05.	

Ostdeutsche (40 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (33 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre. Gutverdiener sind häufiger dieser Meinung als Geringverdiener (34 % zu 21 %).

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (71 %) und Anhänger der AfD (81 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein ungünstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

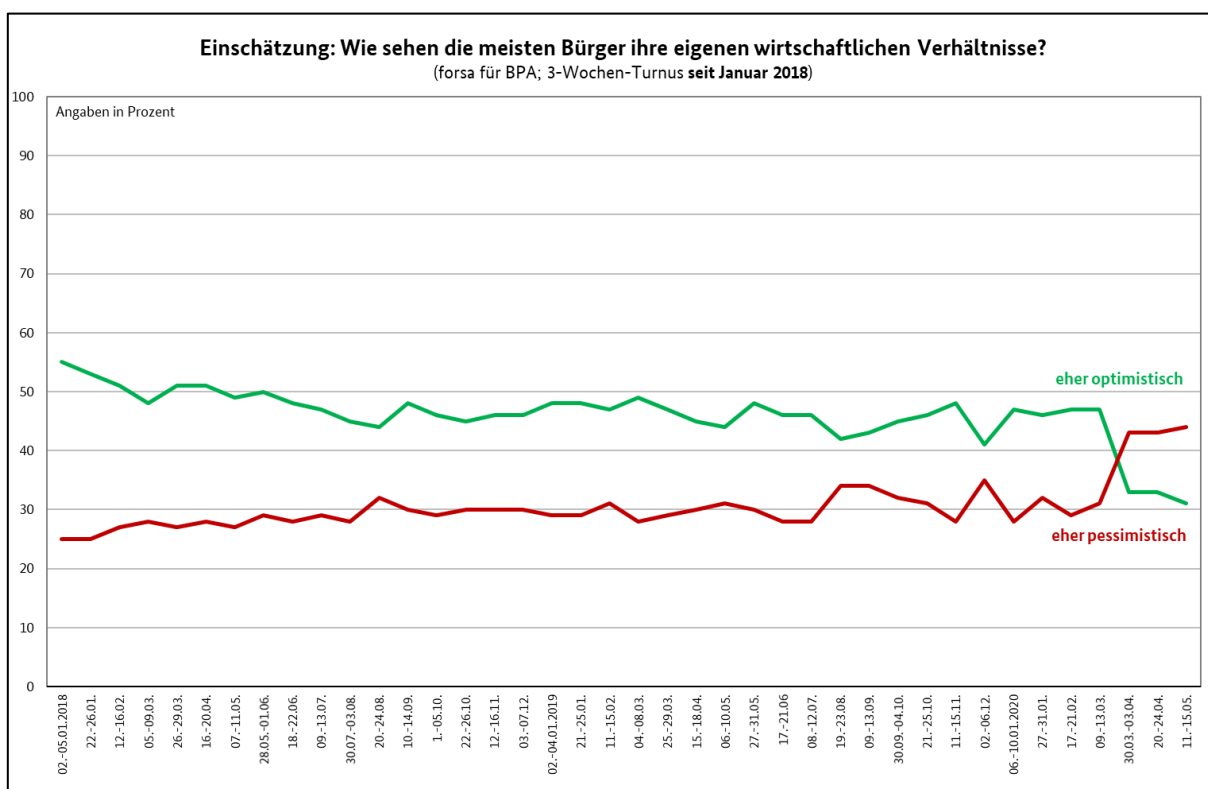


Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	forsa für BPA
eher optimistisch	31 (-2)
eher pessimistisch	44 (+1)
Erhebungszeitraum	11.-15.05.

30- bis 59-Jährige (52 %) und Anhänger der AfD (59 %) glauben besonders oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.



Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

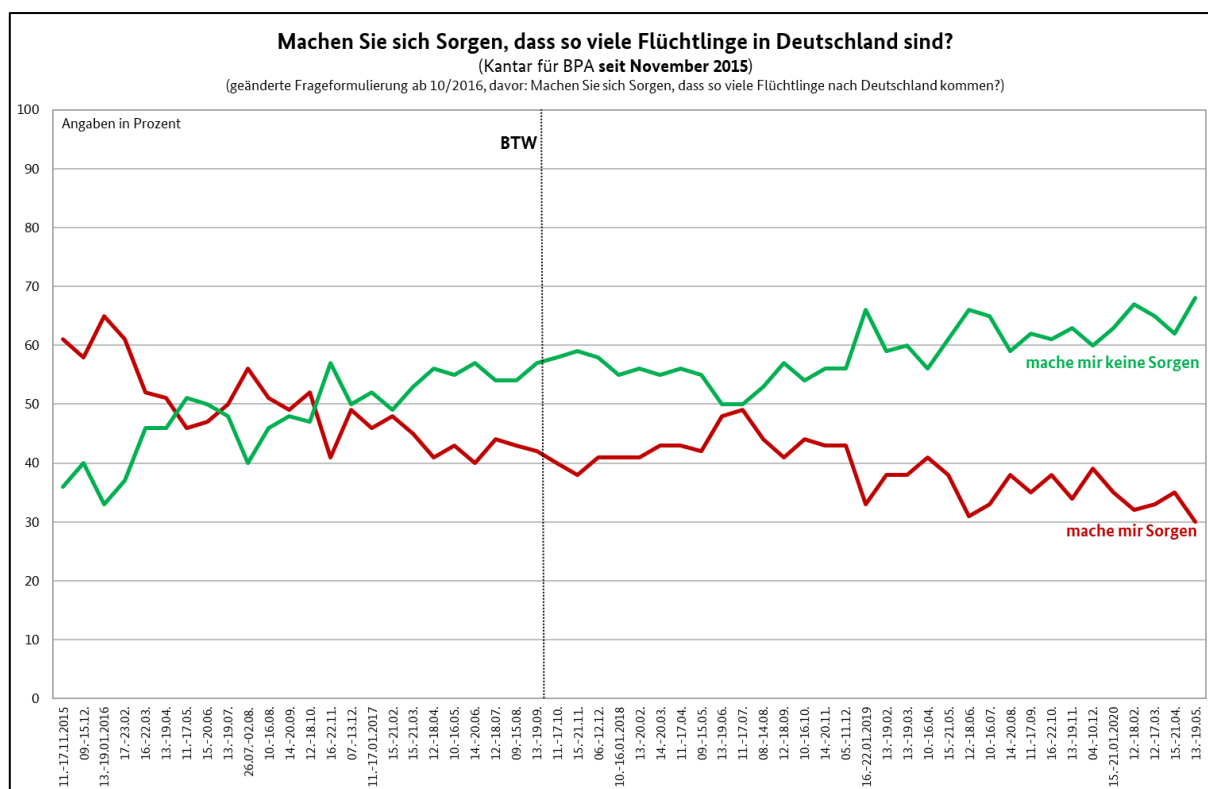
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	Kantar für BPA	
mache mir Sorgen	30	(-5)
mache mir keine Sorgen	68	(+6)
Erhebungszeitraum	13.-19.05.	

Über zwei Drittel der Bundesbürger machen sich keine Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Der Anteil ist nochmals gestiegen und ist der höchste Wert seit Erhebungsbeginn im November 2015.

Unter 30-Jährige (84 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (82 %) sind überdurchschnittlich häufig dieser Meinung ebenso wie die Anhänger der Grünen (91 %). Auch die Anhänger der Linkspartei (82 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Personen mit einfacher formaler Bildung (46 %), Ostdeutsche (44 %) und 40- bis 49-Jährige (41 %) sowie die Anhänger der AfD (86 %) machen sich überdurchschnittlich häufig Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind.



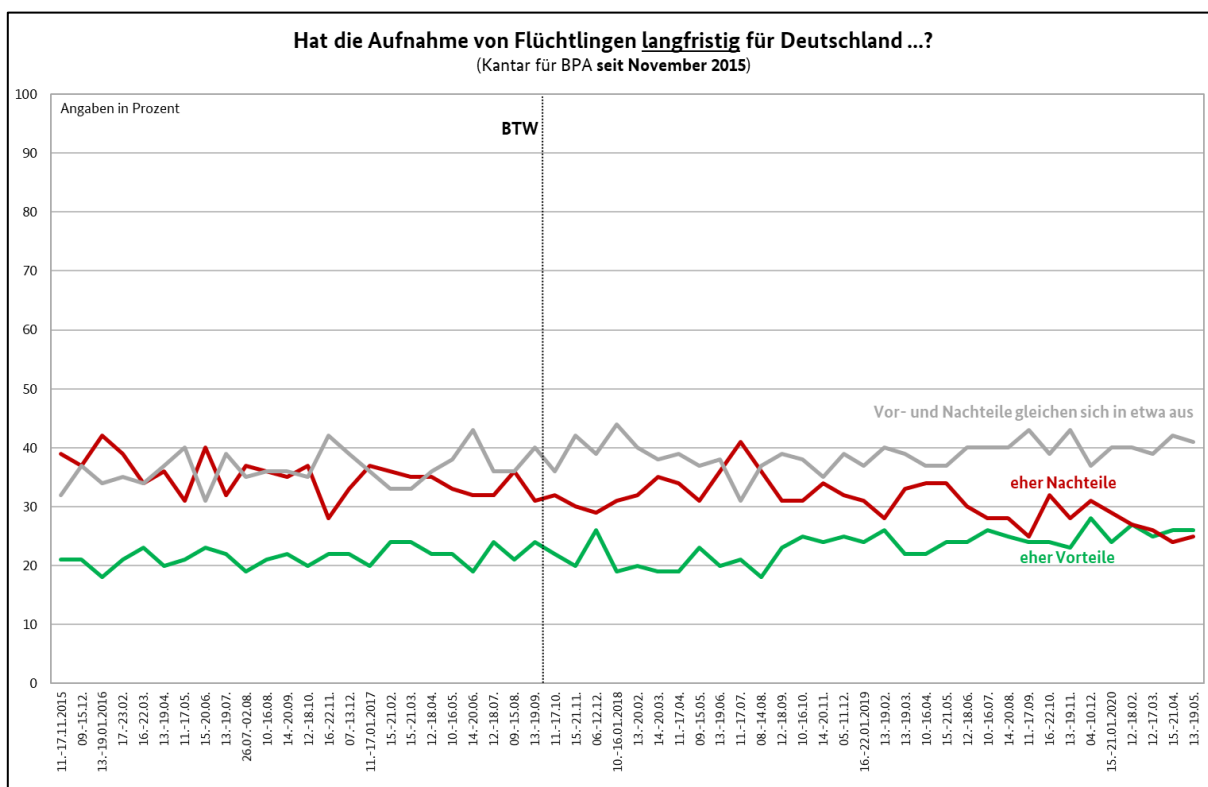
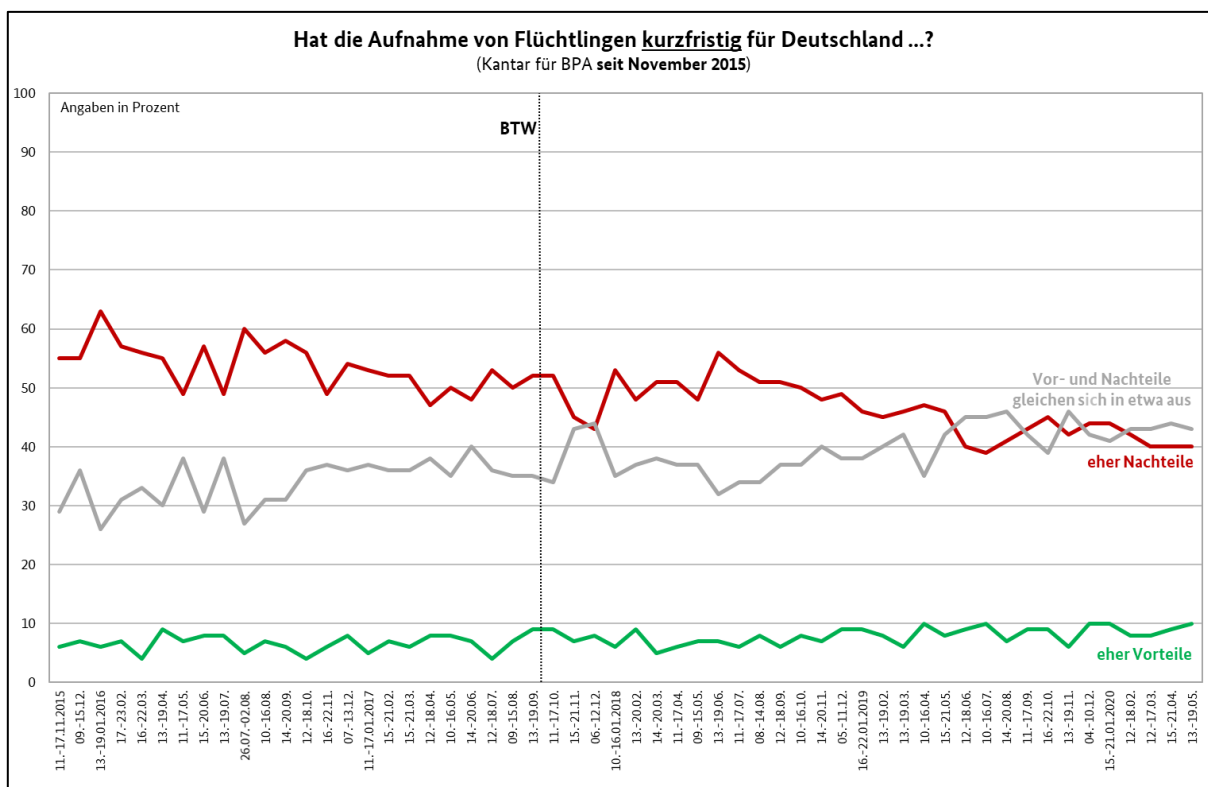
● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Kantar für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	10	(+1)	26	(-)
eher Nachteile	40	(-)	25	(+1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	43	(-1)	41	(-1)
Erhebungszeitraum	13.-19.05.			

Kurzfristig sieht die Bevölkerung weiterhin deutlich mehr Nachteile als Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Überdurchschnittlich oft sind Ostdeutsche, 30- bis 59-Jährige (jew. 48 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (47 %) sowie Anhänger der AfD (82 %) dieser Meinung. Dass sich die Vor- und Nachteile ausgleichen, finden unter 30-Jährige (53 %) sowie Anhänger der SPD (64 %) und der Grünen (53 %) überdurchschnittlich häufig.

Langfristig sehen ebenfalls besonders oft Ostdeutsche (46 %) aber auch 40- bis 59-Jährige und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 33 %) Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Unter 40-Jährige (47 %) und Anhänger der Union (51 %) sind besonders häufig der Meinung, dass sich langfristig die Vor- und Nachteile eher ausgleichen.



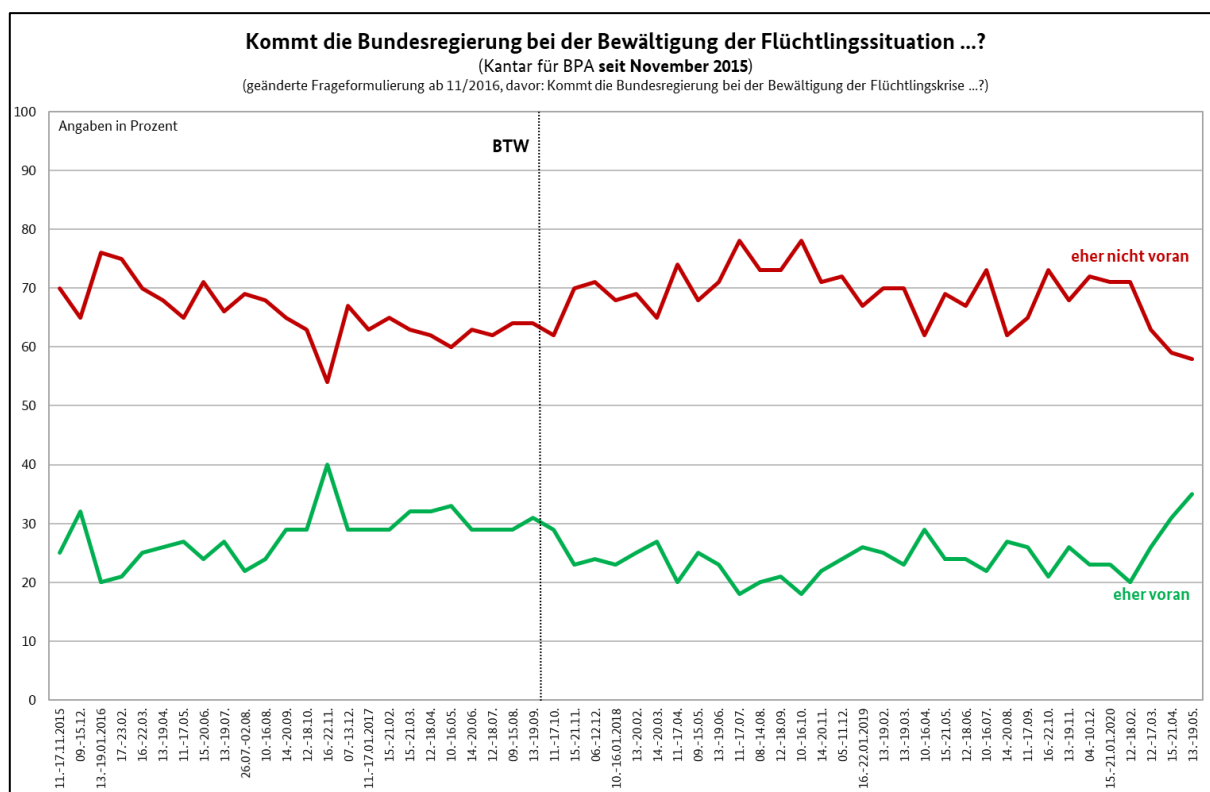
Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	Kantar für BPA	
eher voran	35	(+4)
eher nicht voran	58	(-1)
Erhebungszeitraum	13.-19.05.	

Der Anteil derjenigen, die meinen, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt, ist erneut gestiegen und liegt nun auf dem höchsten Wert seit November 2016. Überdurchschnittlich oft sind Personen mit hoher formaler Bildung (45 %) sowie Anhänger der Union (51 %) und der Grünen (48 %) dieser Meinung.

50- bis 59-Jährige (73 %), Ostdeutsche (67 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (66 %) sowie Anhänger der AfD (92 %) und der Linkspartei (72 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung eher nicht vorankommt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	73 (-7)
Allgemeine Wirtschaftslage	12 (-2)
Schulpolitik, Situation an Schulen	4 (-)
Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen	4 (+2)
Lockerungen der Corona-Maßnahmen	4 (neu)
Erhebungszeitraum	18.-20.05.

Weiterhin beschäftigen sich die meisten Bundesbürger vorwiegend mit dem Coronavirus. Die Anhänger der Union beschäftigen sich überdurchschnittlich häufig sowohl mit dem Coronavirus (81 %) als auch mit der allgemeinen Wirtschaftslage (19 %).

